**Absender
CDU-Fraktion**

Drucksachen-Nr.

0541/2020

öffentlich

Antrag

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
CDU-Fraktion**

**zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 15.12.2020**

Tagesordnungspunkt

**Antrag der CDU-Fraktion vom 27.11.2020 (eingegangen am
27.11.2020): „Probephase-Entscheidung für Radstreifen
Buddestraße aussetzen“**

Inhalt:

Mit Schreiben vom 27.11.2020 (eingegangen am 27.11.2020) beantragt die CDU-Fraktion, den folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Verwaltung möge die probeweise Einführung des Radstreifens entlang der Bensberger Buddestraße aussetzen, um eine gefahrlosere Alternativstrecke für Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer unterhalb der Buddestraße über flachere Nebenstrecken bis nach Lückerrath zu entwickeln und dem Rat und dem Ausschuss für strategische Stadtentwicklung und Mobilität (ASM) vorzustellen.
2. Sollte Teil 1 dieses Antrages keine Ratsmehrheit erzielen, fordern wir die Verwaltung auf, für eine Evaluierung der Probephase folgende drei begleitende Maßnahmen vorzunehmen:
 - eine exakte Zählung aller Radfahrer und Radfahrerinnen, die den Radstreifen in der Probephase wirklich benutzen,
 - die Errichtung einer Messstation, um die Schadstoffbelastung in den Stauabschnitten zu erfassen,
 - die Durchführung einer Anwohner-Befragung während der Probephase, wie sie die verkehrliche Situation durch Straßenverengung empfinden.

Das Schreiben der CDU-Fraktion ist dieser Vorlage als Anlage beigefügt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Gemäß § 1 Absatz 2 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach (ZuO) sind alle Angelegenheiten, über die der Rat Beschluss fassen soll, vorher von den Ausschüssen des Rates zu beraten, soweit sie in deren Zuständigkeit fallen.

Berührt ein Antrag einer Fraktion die Zuständigkeit eines Fachausschusses, ist er ohne Aussprache an den betreffenden Ausschuss zu überweisen, § 12 Absatz 1 Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse des Rates der Stadt Bergisch Gladbach (GeschO).

Gemäß § 16 Absatz 2 Ziffer 3 ZuO entscheidet der Ausschuss für strategische Stadtentwicklung und Mobilität über strategische Verkehrsentwicklungsplanung. Demnach wäre der Antrag ohne Aussprache zur Entscheidung an den Ausschuss für strategische Stadtentwicklung und Mobilität zu überweisen.